Die wiedererwachende Industrie.

Umstellung auf den Frieden in Deutschland. — Der Absatz im In- und Auslande.

Von **Dr. Paul Michaelis.**

(Berliner Tageblatt.)

Magdeburg, 11. November.

Man hat die Stadt Magdeburg gelegentlich wohl als einen etwas weit hinausgeschobenen Vorort Berlins bezeichnet. Vor dem Kriege war die Verbindung zwischen beiden Orten so bequem, daß sich langsam ein Ausgleich nicht blos der wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auch der Lebensauffassung herausbildete, obgleich sie ganz verschiedenen Ursprungs sind. Mit der Erschwerung des Verkehrs treten überall die Unterschiede wieder stärker hervor. Das zeigt sich ganz besonders bei einer Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Zweifellos hat die Magdeburger Industrie die schlimmen Nachwirkungen des Krieges bereits in einem viel höheren Maße überwunden, als das bisher in Berlin möglich war. Wer aus dem von den Arbeitskämpfen der letzten Monate tief erschütterten Berlin kommt, der findet hier eine viel friedlichere Stimmung. Magdeburg ist von größeren Streiks verschont geblieben; im Juni ist allerdings auch hier gekämpft worden, aber nur ein Teil der Werke wurde davon in Mitleidenschaft gezogen. Der Generalunsinn des politischen Generalstreiks konnte hier die Köpfe nicht völlig verwirren.. In industriellen Kreisen wird auch unumwunden anerkannt, daß es die großen Betriebe der Reichshauptstadt besonders schwer haben. Man erwartet von dem Ausgang des Metallarbeiterstreiks eine weitere, sich über das ganze Reich erstreckende Beruhigung. Aber zunächst hatte Berlin die Hauptlast zu tragen. Seine Industrie wird mit den Folgen der wirtschaftlichen und politischen Riesenkämpfe nur allmählich fertig werden. Unterdessen gehen große Aufträge, die in Berlin nicht ausgeführt werden können, nach den arbeitsfreudigeren Industrieorten der Provinz und Süddeutschlands. Im allgemeinen ist die Lage solcher Gebiete besonders schwierig, in denen die Kriegsindustrie am stärksten entwickelt war. Für die Zwecke des Heeres wurden alle verfügbaren Arbeitskräfte zu Hilfe gerufen, auch solche, die unter normalen Verhältnissen nicht eingestellt worden wären. Sie mußten nach dem Abschluß des Waffenstillstandes zum großen Teil entlassen werden und finden den Anschluß an ihre früheren Existenzbedingungen nur langsam wieder. In erheblicher Zahl stellen sie das Gegenbild der mobilisierten Nation, die Riesenarmee der Erwerbslosen, die am Mark des Volkes zehrt. Daneben muß die Industrie noch auf eine längere Uebergangszeit mit den aus dem Felde zurückgekehrten Massen sich abzufinden suchen. . Sie sind in langer Kriegszeit der friedlichen Arbeit entwöhnt und zum Teil etwas verwildert. Man muß Geduld haben und abwarten, bis sie wieder zur Ruhe kommen und Geschmack an der Friedenstätigkeit finden.

Solche Arbeiterschwierigkeiten sind natürlich auch der magdeburgischen Industrie nicht fremd geblieben. Auch die hiesigen Betriebe mußten zum Teil auf den Krieg eingestellt werden. Es gab wohl kaum eine der zahlreichen Maschinenfabriken, in denen nicht wenigstens Granaten gedreht wurden. Man konnte sich dieser Aufgabe nicht völlig entziehen, teils weil es an Aufträgen für die Friedenserzeugung fehlte, teils weil sonst die Fortführung der Betriebe überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Aber in Magdeburg wurde doch die Beziehung zu der eigentlichen Produktion der Werke nie völlig unterbrochen, und so machte auch die jetzt erforderliche Umstellung auf die Friedenszwecke geringere Schwierigkeiten. Wie groß der Unterschied zu Berlin ist, wird schon an der Zahl der Erwerbslosen in beiden Orten deutlich. Während in Groß-Berlin noch 160,000 Arbeitslose aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden müssen, werden in Magdeburg von der Erwerbslosenunterstützung augenblicklich nur noch 764 männliche und 682 weibliche Personen erfaßt. Die Zahl der Stellungslosen, soweit sie durch den öffentlichen Arbeitsnachweis gehen, beträgt nur etwas über 3000. Das sind für eine Stadt mit rund 280,000 Einwohnern erträgliche Zahlen. Ja, die Dinge liegen heute so, daß an Facharbeitern ein empfindlicher Mangel ist.

Maschinenbau und Eisengießerei stehen in der industriellen Tätigkeit Magdeburgs an erster Stelle. Soweit der Verband der Metallindustriellen für Magdeburg und Umgegend in Betracht kommt, waren hier im März 1918, also zu einer Zeit, in der die Kriegsproduktion in höchster Blüte stand, etwa 33,000 Metallarbeiter beschäftigt; im Juni 1919 waren es noch 25,600, der Rückgang ist also nicht sehr bedeutend; die jetzige Zahl entspricht ungefähr den Verhältnissen vor dem Kriege. Um einen genaueren Einblick zu gewinnen, habe ich drei große Werke besucht, die mehr oder weniger zur Kriegsarbeit herangezogen waren. An erster Stelle steht das Kruppwerk, vor dem Kriege der größte Betrieb Magdeburgs. Sein Ursprung geht auf Hermann Gruson, den Erfinder des Hartgußeisens, zurück. Als das Werk in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts damit begann, Kanonen zu gießen, suchte Friedrich Krupp diese Konkurrenz dadurch zu beseitigen, daß er die Grusonsche Schöpfung aufkaufte. Seitdem wurde nur noch Friedensware produziert, vor allem Zerkleinerungsmaschinen für die verschiedenartigsten Zwecke. Die Erzeugnisse des Werkes gingen in alle Welt. Als der Krieg ausbrach, wurde zwar auch die Friedensproduktion in bescheidenem Umfang fortgesetzt, im wesentlichen wurde aber das Werk auf die Erzeugung von Kriegsmaterial umgestellt. Die Zahl der Arbeiter, die im Frieden 5—6000 betragen hatte, schnellte auf 15,000 empor. Im Kruppwerk war dann auch der Rückschlag am empfindlichsten. Augenblicklich beträgt die Zahl der Arbeiter zwischen 3—4000. Aber es geht doch auch hier aufwärts.

Die beiden übrigen Werke sind vom Kriege viel weniger in Mitleidenschaft gezogen worden. In dem Wolffschen Unternehmen, das im wesentlichen landwirtschaftliche Maschinen herstellt, wurde die Friedensproduktion in umfangreichem Maße fortgesetzt. Einschließlich seiner auswärtigen Fabriken in Aschersleben, Erfurt und anderen Orten verfügt es insgesamt über 5000 Arbeiter und 1000 Angestellte. Davon kommen auf die Betriebe in Magdeburg und Umgegend etwa 4000 Personen, während vor dem Kriege nur 3500 beschäftigt waren. Das dritte Unternehmen, die Bukauer Maschinenfabrik, stellt außer zahlreichen Spezialmaschinen besonders Brikettanlagen und Bagger für die Aufbereitung der Braunkohle her. Die Arbeiterzahl von reichlich 1400 ist gegenüber der Zahl vor dem Kriege noch gewachsen. An Aufträgen aller Art fehlt es nicht; der Auftragsbestand geht weit über die Zeit vor dem Kriege hinaus, wobei allerdings die kolossale Steigerung der Preise entscheidend mitspricht. Auch hier wurde mir versichert, daß trotz der Preiserhöhungen die Nachfrage sehr stark ist. Die Werke sind wegen der Schwierigkeit der Materialbeschaffung, des Kohlenmangels und anderer Umstände nicht in der Lage, auch nur die einlaufenden Bestellungen in vollem Umfang auszuführen, viel weniger auf Lager zu arbeiten.

Die stärksten Hemmungen liegen in dem Rückgang der Arbeitsleistungen. Ueberall, wo ich danach fragte, wurde mir bestätigt, daß die Arbeiter heute, trotzdem es schon besser geworden ist, noch immer erheblich weniger als vor dem Kriege leisten. Vor allem ist keine Rede davon, daß der achtstündige Arbeitstag einen Ausgleich für die frühere Arbeitszeit von 10 oder 9½ Stunden gebracht hätte. Auch wenn man nur die Stundenleistung vergleicht, bleibt ein Rückgang bestehen, der nur zwischen ein Drittel und ein Viertel angegeben wurde. Ein Beweis dafür ist der Rückgang der Versandziffern gegenüber der Zeit vor dem Kriege bei gleichbleibender Arbeiterzahl um etwa 30 Prozent. Dabei wird in den Magdeburger Werken zum erheblichen Teil im Akkord gearbeitet. Aber seine Wirkungen werden dadurch eingeschränkt, daß auch die guten Arbeiter nicht mehr als 33 ein Drittel Prozent über den durchschnittlichen Arbeitslohn verdienen dürfen. Anscheinend besteht unter den Arbeitern eine Verständigung über diese Höchstleistung. Auch sonst wird über die Arbeitsverhältnisse geklagt. Von irgendwelcher passiven Resistenz oder gar von Sabotage ist glücklicherweise nirgends die Rede. Wohl aber stößt man bei manchen Arbeitern auf Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit. „Wir können das nicht leisten, was wir leisten sollen," wurde mir gesagt. Und nicht bloß bei den Arbeitern, sondern auch bei den Angestellten macht sich ein Zurückbleiben gegenüber den früheren Verhältnissen bemerkbar. Als Grund dafür wurden neben den Nachwirkungen des Krieges die mangelhaften Ernährungszustände in Verbindung mit dem Kohlenmangel angegeben. Aber man hob doch zugleich immer wieder hervor, daß bei der Arbeit zuviel politisiert wird. Die unaufhörlichen Lohnkämpfe, die sich freilich aus der zurückgehenden Kaufkraft des Geldes zur Genüge erklären, haben stets einen Rückgang der Leistung zur Folge. Vor allem aber ist man auf die staatlichen Eisenbahnwerkstätten schlecht zu sprechen. Hier soll die Leistung minimal sein. Man erklärte mir von verschiedenen Seiten, daß eine Verbesserung unserer Verkehrsverhältnisse einfach unmöglich sei, solange nicht die Mißwirtschaft in den staatlichen Betrieben aufhört. Schon jetzt weiß sich die Eisenbahnverwaltung nicht anders zu helfen, als daß sie schwierigere Reparaturen der Privatindustrie überweist. Ohne die Wiederherstellung der Ordnung im Staatsbetrieb ist auf normale Verkehrsverhältnisse nicht zu rechnen. Man hielt mit der Verurteilung der staatlichen Verwaltung, die anscheinend das Defizit von 5 Milliarden durch die völlige Stillelung des Verkehrs decken wolle, nicht zurück.

Der Absatz wird zunächst noch durch die politischen Verhältnisse erschwert. Soweit das Inland in Betracht kommt, ist die Nachfrage für die verschiedensten Erzeugnisse sehr stark. Besonders die Landwirtschaft, die viel Geld hat, kauft Waren und Maschinen aller Art. Sie würde noch mehr landwirtschaftliche Maschinen verwenden können, wenn es nicht an Kohlen und noch mehr an Oel mangelte. Ueberhaupt kehrt die Klage über die Kohlennot immer wieder; und von verschiedenen Seiten wurde die Frage aufgeworfen, wo die Kohlen eigentlich bleiben; denn nach der Statistik müßten sie bei der Stillegung des größten Teils der Ziegeleien, Zementfabriken und anderer Betriebe, bei der empfindlichen Einschränkung des Verbrauchs und des Verkehrs eigentlich ausreichen. Man ist mißtrauisch gegen die Regierung, weil sie immer wieder einer Klarlegung der tatsächlichen Verhältnisse ausweicht und fordert mit Recht volle Offenheit, schon um den Verdacht von Schiebungen zu beseitigen.

Trotz mancher Hemmungen kommt auch das Auslandsgeschäft langsam wieder in Gang. Der Geschäftsverkehr mit den neutralen Ländern hat ja nie völlig ausgesetzt. Jetzt ist die Nachfrage besonders aus den nordischen Ländern, aber auch aus Spanien sehr stark. Die Schwierigkeiten beim Verkauf liegen hauptsächlich in der Kalkulation. Bei den wachsenden Eisenpreisen, die sich immer mehr dem Weltmarktpreis annähern und bei den höheren Löhnen verschiebt sich der Preis von Woche zu Woche. Im Auslandsgeschäft kommt der Einfluß der Valuta hinzu. Vor allem möchte man vermeiden, daß England sich wieder, wie vor dem Kriege, über eine illoyale Konkurrenz beklagt. Der Fabrikantenverein für landwirtschaftliche Maschinen hat deshalb eine Preisstelle für Ausfuhrbewilligung eingerichtet, in der die Mindestpreise fortlaufend festgesetzt werden. Damit wird von vornherein verhindert, daß die deutschen Fabrikanten im Ausland untereinander konkurrieren und sich als Preisdrücker verhaßt machen. Im allgemeinen darf gesagt werden, daß die leitenden Personen der Magdeburger Industrie die Entwicklung hoffnungsvoll beurteilen. Wenn auch der Winter noch harte Anforderungen stellen wird, so sieht man doch den Dingen mit Zuversicht entgegen. Für das Frühjahr erwartet man die Wiederherstellung normaler Arbeitsverhältnisse. Wir werden uns wieder durchsetzen, das ist das erfreuliche Ergebnis der Umfrage bei der Magdeburger Industrie.

Der Weltschiffbau nach dem Kriege.

Aus der Schiffsbautechnischen Gesellschaft.

Unter Vorsitz von Geheimrat Prof. Dr. Busley wurde die 21. Hauptversammlung der Schiffbautechnischen Gesellschaft in der Aula der Technischen Hochschule zu Charlottenburg eröffnet. Prof. W. Laas sprach über den „Weltschiffbau und seine Verschiebung durch den Krieg". Für die Zukunftsaufgaben des deutschen Schiffbaues, so führte er aus, ist es von größter Bedeutung, zu wissen, mit welchen Kräften des Auslandes die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt in Wettbewerb zu treten hat. Der Weltschiffbau hat sich durch den Krieg wesentlich verändert. Der Vortragende versuchte nun, diese Verschiebungen in Zahl, Wort und Bild übersichtlich darzulegen. In seiner „Geographie des Weltschiffbaues" ging er die Veränderungen der einzelnen Länder durch. Selbstverständlich wurde nur der Handelsschiffbau berücksichtigt. In Großbritannien und Irland bestanden vor dem Kriege 101 Werften mit einer Jahreserzeugung von 1000 Br.-Reg.-To. und darüber. Die größte Leistung im Handelsschiffbau betrug 1,932,153 Br.-Reg.-To. im Jahre 1913. Unter Berücksichtigung der Vergrößerung der des Schiffbaues kann die Leistungsmöglichkeit, soweit nur die Werftanlagen in Betracht kommen, für die Zukunft auf 3 Millionen Br.-Reg.-To. geschätzt werden. In allen Großschiffbau treibenden Ländern hat sich während des Krieges und der zu erwartenden Beschränkung alten Werften sowie der neugegründeten die Zahl der Werften vergrößert, verhältnismäßig am wenigsten in Großbritannien und Irland von 101 auf 120, verblüffend viel in Nordamerika, von 45 auf 417. Professor Laas hält es für nötig, die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Länder mit einem Einschränkungsfaktor zu multiplizieren. Er kommt auf Grund seiner Berechnungen zu dem Schluß, daß als Gesamterzeugnis des Auslands im Handelsschiffbau für die nächsten Jahre der hohe Betrag von rund 7 Millionen Br.-Reg.-To. jährlich zu erwarten ist, also rund doppelt soviel, als die Höchstleistung des Weltschiffbaues im Jahre 1913 einschließlich Deutschlands betrug. — Nach den neuesten Angaben von Lloyds Register wäre ohne den Krieg der Gesamtfrachtraum im Jahre 1919 um rund 10 Millionen Br.-Reg.-To. größer gewesen als im Jahre 1914. Nach derselben Quelle fehlen am Weltfrachtraum gegenüber einer friedlichen Entwicklung nur 7.5 Millionen Br.-Reg.-To.

Wie stellen sich die Aussichten Deutschlands bei dieser Lage? Die deutschen Werften können, soweit nur ihre Anlagen an Hellingen, Werkstätten und Betriebsmittel in Frage kommen, rund 700,000 Br.-Reg.-To. jährlich liefern. Selbst nach Abzug der laut Friedensvertrag für die Dauer von fünf Jahren jährlich an die Feinde zu liefernden 200,000 To. bestände demnach die Möglichkeit, die verlorenen rund 4 Millionen Tonnen Schiffsraum in acht Jahren durch deutsche Neubauten zu ersetzen und noch etwas früher, wenn, wie nach dem Stande des Weltbaus anzunehmen ist, die Feinde in absehbarer Zeit auf Lieferung neuer Schiffe von Deutschland verzichten. Allerdings ist für das laufende und wahrscheinlich auch für das nächste Jahr von Deutschland mit einer besonders starken Einschränkung zu rechnen infolge Mangels an Material und Hilfsmaschinen sowie wegen Verminderung der Leistungen der Arbeiter. Wenn auch die Aussichten für die nächsten Jahre günstig scheinen, so muß man sich doch fragen, wie wird die Lage für Deutschland, wenn infolge der Ueberproduktion im Auslande die Preise dort billiger werden? Sehr wahrscheinlich ist, daß nicht nur England, sondern auch Nord-Amerika und Japan und vielleicht auch Holland und Skandinavien bald billiger bauen können als Deutschland. Der deutsche Schiffbau steht trotz augenblicklicher Ueberfülle an Aufträgen vor einer sorgenvoll schweren Zeit.

Wichtig ist zunächst, daß dem deutschen Schiffbau der Bedarf der deutschen Schiffahrt gesichert wird. Das Gesetz über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte enthält leider keine Bestimmung, die es unmöglich macht, daß mit Reichsunterstützung Schiffe im Auslande gekauft werden. Ueber den Ersatz verlorenen Frachtraums hinaus muß aber der deutsche Schiffbau auch auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig werden, wenn er in dem heutigen Umfang bestehen bleiben will. Grundbedingung dafür ist, billiges Material, geringe Lohn- und Betriebskosten, d. h. in erster Linie mehr Leistung der Arbeiter auf allen Gebieten in Erz- und Kohlengruben, Walzwerken, Hilfs-Industrien und Werften. Das ist mit einer Sozialisierung dieser Betriebe und besonders des Schiffbaus sicher nicht zu erreichen. Aber auch organisatorisch läßt sich viel verbessern. Hierzu gehören die Normungen der Schiffe im ganzen und im einzelnen, Verteilung der Aufträge auf die geeignetsten Werften, unter Umständen Stillegung unwirtschaftlicher Betriebe.

In der regen Erörterung betonte Direktor Prof. Pagel, daß das von Prof. Laas angewandte Schätzungsverfahren selbstverständlich nicht völlig einwandfrei sei. Aber sicher ist, daß die Weltproduktion außerordentlich gestiegen ist. Hoffentlich kommt die Arbeiterschaft bei uns wieder zur Besinnung und damit Lohn und Leistungen in ein erträgliches Verhältnis. Auch Professor Flamm betont, daß das Interesse des Arbeiters an seiner eigenen Leistung wieder geweckt werden muß. Wir müssen überhaupt wie alle Arbeit so auch unsern Schiffbau mehr auf nationalen Boden stellen. Verschiedene Redner hoffen, daß das Akkordsystem sich wieder durchsetzen wird. Dr. Eggers beklagt, daß die Unternehmer nicht immer die rechten Leute zur Verhandlung mit den Arbeitern verwenden. Wenn man sich in ihre Denkweise versetzen könne, so seien sie Belehrungen leicht zugänglich.

Die „gefaßte" Perle.

Ein Geschichtchen, das in der besten Gesellschaft vorkommt.

„Also — Mrs. Putney? — ich werde tun, was in meinen Kräften steht und Ihnen Nachricht geben, sobald ich etwas ermittelt habe. Aber viel Hoffnung kann ich Ihnen nicht machen!"...

Mit dieser diplomatisch-unverbindlichen Wendung verabschiedete sich der Detektiv Jack Luton von der schönen Gattin des nicht mehr jungen Millionärs Putney und ließ die Plutokratin in unbeschreiblicher Gemütsverfassung zurück.

Vor vierzehn Tagen hatte sich Evelin Putneys Jungfer verheiratet. Ihre Nachfolgerin wurde eine gewisse Mary Farnham, die Evelin unter den Bewerberinnen um die offene Stellung angenehm auffiel. Mary Farnham war — wie aus ihren Papieren hervorging — sechsundzwanzig Jahre alt; sie war ziemlich groß und von einnehmendem Wesen, das durch eine gewisse Strenge in der Gesichtsbildung nicht beeinträchtigt wurde. Sie legte gute Zeugnisse zweier Friscoer Familien vor und entsprach auch im übrigen den Anforderungen, die Evelin an eine Jungfer zu stellen gewohnt war.

Mary Farnham trat ihren Dienst an und erwies sich als ein wahres Juwel. Das wollte in diesem Falle etwas heißen, denn Mrs. Putney war eine sehr bequeme Dame, die sich von ihrer Jungfer vollständig — ohne Mithilfe ihrerseits — an- und auskleiden, im Bade bedienen und zu Bett bringen ließ. Und dies alles hatte noch keine ihrer Jungfern so gewandt und bei aller Fixigkeit so zart und feinfühlig besorgt, wie Mary Farnham. Alle Vorgängerinnen — ja, alle Jungfern in Evelins Bekanntenkreisen überragte Mary aber in der Herstellung wundervoller Haarfrisuren. Darin war sie unübertrefflich, und Mrs. Putney beglückwünschte sich jeden Morgen aufs neue, daß sie dieses Talent für sich gewonnen hatte.

Gestern abend nun waren Mrs. und Mr. Putney zum erstenmal seit Antritt der neuen Jungfer in eine größere Gesellschaft gegangen. Dazu hatte Mary bei der Toilette ihrer Herrin natürlich alle ihre Künste aufgeboten, die schließlich in einer neuen unerhörten Frisur gipfelten. Im Schmucke dieses Haargedichts und ihrer märchenhaften, ein großes Vermögen repräsentierenden Juwelen überstrahlte Evelin alle Damen auf dem Feste des Wallstreet-Nabobs und war nach ihrem eigenen Geständnis „selig"

Spät und in leicht angeheiterter Stimmung kam man nach Hause. Abgespannt — ohne sich etwas dabei zu denken — legte Evelin ihre Juwelen in die Schatulle und nahm sie mit in ihr Schlafzimmer, wo sie sich — schon halb im Schlaf — von Mary entkleiden und zu Bett bringen ließ.

Als sie am Morgen erwachte, waren die Juwelen verschwunden und mit ihnen — Mary Farnham, die „Perle".

Und nun behauptet dieser entsetzliche Jack Luton und beweist es, durch Verstillon-Photographien und andere kriminalistische Finessen, daß die angebliche Mary Farnham in Wirklichkeit — Bob Shorncliffe heißt, gelernter Friseur ist und als einer der raffiniertesten Hochstapler der Vereinigten Staaten gilt.

Ein herrlicher Sommermorgen, — sechs Jahre später.

Auf der Veranda eines entzückenden Landhauses am oberen Gosportriver, — einem Nebenflusse des Susquehanna, — sitzt Bob Shorncliffe, — bläst den blauen Rauch einer Zigarette in die klare Morgenluft und lächelt selbstzufrieden vor sich hin.

Bob Shorncliffe ist glücklich!

Wie sollte er auch nicht?

Es ist wahr, — er ist damals von Jack Luton gefaßt und später zu vier Jahren Sing-Sing verknarrt worden. Aber — das ist längst vorbei! Heute hat Bob Shorncliffe alles, was sein Herz je begehrte: eine schöne Frau und ein Landhaus, Pferde und Wagen und ein Automobil, und er kann Zigaretten rauchen und Pharo spielen, soviel er mag. Und für dies Alles hat er weiter nichts zu tun, als seiner Frau das schöne Haar jeden Morgen in immer neuen geschmackvollen Wellen aufzustecken. —

Bob Shorncliffe dehnt sich behaglich und sieht auf die Uhr. Dann wirft er die Zigarette über das Geländer und begibt sich an seine Morgenarbeit, ins Toilettenzimmer seiner Frau — Evelin, verwitwete Putney. —

Die Legende des Potsdamer Kronrats.

Aussagen der angeblichen Teilnehmer bringen Aufklärung.

Aus Berlin, 29. November, wird amtlich gemeldet: Im Auslande taucht die längst widerlegte Legende über einen am 5. oder 6. Juli 1914 in Potsdam abgehaltenen Kronrat oder Kriegsrat wieder auf. Sie stützt sich jetzt auf einen Aktenvermerk des damaligen Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Freiherrn von dem Bussche vom 30. August 1917, daß am 6. Juli 1914 „in Potsdam eine Beratung militärischer Stellen" beim Kaiser stattgefunden habe. Als Teilnehmer werden genannt Admiral v. Capelle, Kapitän z. S. Zenker, ferner „Vertreter des Kriegsministeriums und des Generalstabes". Die Aktennotiz schließt: „Es wurde beschlossen, auf alle Fälle vorbereitende Maßnahmen für einen Krieg zu treffen. Entsprechende Befehle sind daraufergangen. — Quelle durchaus zuverlässig. Bussche."

Die eingeleiteten Nachforschungen haben ergeben: Der Hofzug Kaiser Wilhelm ist am 6. Juli, 9.15 Uhr vorm., von Station Wildpark nach Kiel abgegangen. Das Tagebuch des Hoffuriers verzeichnet weder am 5. noch am 6. Juli eine „Beratung militärischer Stellen". Den beiden Flügeladjutanten vom Dienst ist über eine solche Beratung nichts bekannt.

Ferner berichten:

Freiherr von dem Bussche: „Leider kann ich mich nicht an die Quelle erinnern, vielleicht Müller. Datum der Aufzeichnung könnte möglicherweise meine Erinnerung auffrischen. Auch denkbar, daß ich Quelle irrigerweise als zuverlässig bezeichnet habe."

Admiral v. Müller: „Ich kann nicht der Gewährsmann des Frhr. v. d. Bussche sein. Mein Tagebuch enthält nichts über einen solchen Vortrag, der doch wohl in den Tagen vom 29. 6. bis 6. 7. 14 (Anwesenheit Sr. M. im Neuen Palais vor der Nordlandsreise) stattgefunden haben müßte. Am 6. Juli früh hat aber der von Admiral von Capelle erwähnte Vortrag stattgefunden."

Admiral v. Capelle: „Ich traf den Kaiser im Garten reisefertig zum Antritt der Nordlandsreise. Der Kaiser ging mit mir noch eine kurze Zeit auf und ab und erzählte mir kurz von den Vorkommnissen am gestrigen Sonntag. Er fügte nach meiner Erinnerung dem Sinne nach ungefähr folgendes hinzu (private oder amtliche Aufzeichnungen hierüber aus damaliger Zeit sind wohl nicht vorhanden), er glaube nicht an größere kriegerische Verwicklungen. Der Zar werde sich in diesem Falle nach seiner Absicht nicht auf Seite der Prinzenmörder stellen. Außerdem seien Rußland und Frankreich nicht kriegsbereit. — England erwähnte der Kaiser nicht. — Auf Rat des Reichskanzlers werde er, um keine Beunruhigung zu schaffen, die Nordlandreise antreten. Immerhin wolle er mir von der gespannten Lage Mitteilung machen, damit ich mir das Weitere überlegen könne."

Kapitän z. S. Zenker: „Der Kaiser teilte mir zur Weitergabe an meine vorgesetzte Behörde mit, daß am Mittag des 5. Juli der österreichisch-ungarische Geschäftsträger bei ihm angefragt habe, ob Deutschland im Falle eines österreichisch-ungarischen Konflikts mit Serbien und daraus vielleicht entstehenden Spannungen mit Rußland seine Bündnispflichten erfüllen würde. Der Kaiser hätte dies zugesagt, glaube aber nicht an ein Eintreten Rußlands für Serbien, das sich durch den Meuchelmord befleckt habe. Auch Frankreich würde es kaum zu einem Kriege kommen lassen, da ihm die schwere Artillerie des Feldheeres fehle. Wenn also auch ein Krieg gegen Rußland und Frankreich nicht wahrscheinlich sei, so müsse seine Möglichkeit immerhin militärisch ins Auge gefaßt werden. Jedoch solle die Hochseeflotte ihre für Mitte Juli angesetzte Reise nach Norwegen antreten, wie auch er seine Norwegenfahrt planmäßig beginnen würde. Meine Frage, ob der auf Urlaub befindliche Chef des Admiralstabes zurückzurufen sei, verneinte der Kaiser.

Ich habe diese Anweisungen am 6. Juli dem stellvertretenden Chef des Admiralstabes Vizeadmiral Behncke gemeldet. Welche Anordnungen dieser daraufhin erteilt hat, vermag ich nicht anzugeben, da ich als Chef der taktischen Abteilung mit operativen und Mobilmachungsangelegenheiten nichts zu tun hatte."

Ferner war vom früheren Großen Generalstab der Chef der Landesaufnahme, der jetzige General der Infanterie von Bertrab, am 6. Juli nach Potsdam befohlen. Sein Bericht darüber lautet:

„Dem Auswärtigen Amt erwidere ich sehr ergebenst, daß am 5. Juli 14 S. M. der Kaiser mich persönlich ohne Zeugen über seine Auffassung der durch die Maßnahmen Oesterreichs geschaffenen Lage orientiert hat, damit ich, als damals ältester in Berlin anwesender Offizier des Generalstabes den in Karlsbad weilenden Chef des Generalstabes darüber informiere. Anwesend waren im Hintergrunde J. M. die Kaiserin, ein Adjutant und ein Lakai. Unmittelbar vorher sprach S. M. — offenbar zum gleichen Zwecke mit einem Marineoffizier, ebenfalls unter vier Augen, der sich sofort nach der Besprechung entfernte. Nachdem der Kaiser mich entlassen hatte, bestieg er sein Auto zum Antritt seiner Nordlandreise. Anordnungen wurden weder während noch im Anschluß an die Unterredung getroffen. S. M. betonte sogar, daß er es nicht für nötig erachte, besondere Anordnungen zu treffen, da er an ernste Verwicklungen aus Veranlassung des Sarajevoer Verbrechens nicht glaube."

Ueber die Unterredung mit General v. Bertrab meldet sodann noch der damalige Oberquartiermeister I im Großen Generalstabe, der jetzige Generalleutnant Graf Waldersee:

„Für mich, der ich den General von Moltke in allen auf den Krieg bezüglichen Angelegenheiten vertrat, gab es infolge der Audienz des Generals v. Bertrab in Potsdam nichts zu veranlassen. Die planmäßigen Mobilmachungsarbeiten waren am 31. März 1914 abgeschlossen. Das Heer war, wie immer, bereit."

Das Reichswehrministerium teilt mit: Am 5. oder 6. Juli 1914 waren keine Offiziere des preußischen Kriegsministeriums zu einer dienstlichen Besprechung zum Kaiser befohlen.

Das Buch vom General Gérard.

Von Dr. Ritter (Mannheim) in der „Frankfurter Zeitung".

Ludendorff hat sein Buch über den Krieg geschrieben, ebenso Tirpitz; Falkenhayn ist ihnen gefolgt und noch so mancher deutsche General wird ihnen folgen. Da ist es an der Zeit, daß auch die Entente-Generäle mit ihren Kriegsaufzeichnungen herausrücken. Das erste französische Werk dieser Art liegt nun vor mir. Es heißt: „General Gérard und die Pfalz" von Kommandant Paul Jacquot (Landau-Straßburg, Verlag der „Neuen Zeitung" in Straßburg). Kommandant Jacquot, der politische Stabschef Gérards, hat dieses Buch im Auftrag des Generals geschrieben.

Ueber die Rolle, die General Gérard in der Pfalz spielen sollte und wollte, werden in dem Buche sehr positive Angaben gemacht. Herr Jacquot stellt fest, daß sein Chef zwei Hauptaufgaben sich gestellt hatte: 1. Die wirtschaftliche Vereinigung der Pfalz mit Frankreich. 2. Die Proklamation der politischen Unabhängigkeit des Landes (Pufferstaat). Diese Ziele sollten erreicht werden durch Förderung „der in der Pfalz bestehenden Sympathien für Frankreich und der an Frankreich anknüpfenden Erinnerungen" und daneben durch Unterstützung der separatistischen Bestrebungen. Unterstützung nicht blos moralischen Charakters, sondern auch durch wirtschaftliche Maßnahmen „weitherzigster Art" (Ausfuhrbegünstigungen z. B.)

Warum hat nun Gérard seine Ziele nicht erreicht? Dies zu erklären und den General gegenüber seinen nationalistischen Freunden in Paris zu rechtfertigen, ist offenbar ein wesentlicher Zweck des Buches. Die allzuschwächliche Neutralitätspolitik der französischen Regierung macht der Verfasser für den Mißerfolg in der Pfalz verantwortlich. Er sagt in diesem Zusammenhange von den Bestrebungen und Maßnahmen seines Chefs:

Diese ganze Politik ist natürlich wenig vereinbar mit der „Neutralität" der Besatzungsarmee, dieser famosen Neutralität, welche jegliche Initiative, jeglichen Willen lähmt und verhindert, daß Männer von Charakter und Energie an den ihnen gebührenden Platz gestellt werden.

Sagen wir es offen heraus: Die Neutralität ist unmöglich. Früher oder später ist man gezwungen, Partei zu ergreifen, und sei es auch nur für seine Freunde . . . Neutral! Ein Seelen- und Geisteszustand, welchen der Preuße nicht begreift. Neutralität heißt bei ihm Schwäche . . . Wenn unsere rheinischen Administratoren noch die Möglichkeit haben, eine aktive Rolle zu spielen, dann ist es notwendig, daß sie sich nach dem Beispiele des energischen und klar blickenden Führers, welcher vom 4. 12. 18. bis 10. 19 an der Spitze der Armee stand, unseres Heeres bedienen, als des Rückgrates einer festen, energischen, zielbewußten Politik.

Mit Hilfe seiner Bajonette wollte also dieser „energische und klar blickende Führer" Gérard die Losreißung der Pfalz von Deutschland erreichen, und nur die mangelnde Energie und Klarheit Clemenceaus (dem wohl England und Amerika in den Arm gefallen waren) hinderte ihn daran. Wir aber erinnern uns in diesem Zusammenhange der immer wiederholten Versicherungen Gérards, daß er der [illegible] Bewegung gegenüber volle Neutralität beobachte, und wenn noch irgend ein Zweifel an der Unwahrhaftigkeit solcher Versicherungen bestanden hätte, so wüßten wir jetzt, was von der „Neutralität" französischer Generäle zu halten ist.

Aber Frankreichs Unentschlossenheit war nicht der einzige Grund des Versagens. Nach Ansicht Jacquots wäre der Plan Gérards vielleicht doch gelungen, wenn nicht der Regierungspräsident Dr. v. Winterstein, der „fränkische Junker", ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte. Mit dem „diabolischen Plane" Wintersteins beschäftigt sich Jacquot fast dreißig Seiten lang. Schließlich gab es für Gérard kein anderes Mittel, als den gefährlichen Regierungspräsidenten, dessen „heimtückische betrügerische Diplomatie" ihm das Konzept verdarb, durch eine Note Marschalls Foch ausweisen zu lassen. Auch sonst gibt es noch viele Leute innerhalb und außerhalb der Pfalz, über die Jacquot viel zu klagen hat. Da sind z. B. die treugesinnten Beamten, die nicht folgen wollen, ferner die unaufgeklärten Arbeiter von Ludwigshafen, die von Frankreichs Freiheit nichts wissen wollen. Da ist schließlich der Aktionsausschuß in Mannheim, der leider nicht französische, sondern deutsche Politik macht.

Und auch über die lügenhafte „Presse du Reich" („Frankfurter Zeitung" und die Mannheimer Blätter vorne an) [illegible] der Herr Stabschef sein Klagelied.

Zahlreich sind die politischen Indiskretionen, durch die Herr Jacquot politische Persönlichkeiten der Rheinpfalz kompromittiert. Wieviel von diesen Indiskretionen auf Wahrheit beruht und wieviel auf politischem Klatsch, dafür trägt Gérard und sein Stabschef die Verantwortung. Was wird z. B. der Bischof von Speyer, „Monsignore" Sebastian, für eine Freude haben, wenn er liest, daß er und sein Generalvikar Molz als diskrete und eifrige Agenten, als einflußreiche Propagandisten des Gedankens einer pfälzischen Republik gewirkt haben? Und der Zentrums-Abgeordnete Richter, der Landauer Advokat Dr. Feibelmann, die Bürgermeister von Edenkoben und Germersheim, der Neustädter Gewaltige, Herr Abresch und noch viele andere werden dem Kommandanten Jacquot sicher nicht zu Danke verpflichtet sein, daß er ihren Namen in seinem Buch für die Nachwelt aufbewahret hat; figurieren sie doch in den Geheimberichten der französischen Kontrolloffiziere lediglich als klägliche Zeugen dafür, daß sich Herr Gerard mit seiner pfälzischen Annexionspolitik auf dem rechten Wege befunde habe.

Der Geist, der aus dem Buche spricht, ist typisch für das heutige Frankreich, für das Frankreich, das durch den Ausgang seiner Wahlen bewiesen hat, welchen Weg es in seiner Rheinlandspolitik einschlagen wird, sobald es freie Bahn vor sich hat. Wenn demnächst die „Hohe Kommission" in Koblenz die Zivilverwaltung der besetzten Gebiete übernehmen und ihre neuen „Ordonnanzen" zum Rheinlandabkommen herausgeben wird, dann werden wir finden, daß dieser militaristische, nationalistische Annexionsgeist auch die Maßnahmen dieser ganz unter französischem Einfluß stehenden „Hohen Kommission" durchzieht, dann werden auch dem deutschen Volk die Augen aufgehen über die schwere Leidenszeit, die den deutschen Volksgenossen im besetz